*Haushaltsrede des Frakt.-Vors. Rudolf Nahrman der Freien
Wählergemeinschaft e.V. zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010 am
18.12.2009 in Warendorf*

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

***verehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der
Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen Kreistagsabgeordnete!***

Wer hier an fünfter Stelle zum selben Thema spricht, sollte sich zumindest zwei Dinge vornehmen:

1. dieser Startplatz sollte so schnell wie möglich verlassen werden,
2. viele wesentliche Fakten wurden schon genannt; es gilt Wiederholungen möglichst zu vermeiden, um die Zuhörer nicht zu langweilen.

Langeweile, meine Damen und Herren, ist nämlich nicht angesagt in Anbetracht der dunklen Wolken, die über dem Finanzhimmel des Kreises Warendorf aufgezogen sind und sich in den nächsten Jahren zu einer Unwetterfront entwickeln könnten.

Besorgt müssen wir feststellen, dass Städte und Gemeinden den Haushaltsausgleich nicht schaffen und mit großen Schritten in die Haushaltssicherung steuern.

Auch unser Kreishaushalt benötigt den Verbrauch der Ausgleichsrücklage und wir werden schon in 2011 vor noch größeren Problemen stehen.

Als Ursache des Übels muss natürlich und zu Recht die Bankenkrise herhalten, sie ist aber nicht der einzige Grund.

Das seit fast dreißig Jahren währende starre Festhalten an der Art der Verteilung der Schlüsselmassen im Rahmen der Gemeindefinanzierung trägt einen wesentlichen Teil bei, weil es dem erhöhten Zuschussbedarf des Kreises aufgrund der erheblichen Aufgabenverlagerung nicht Rechnung trägt. Wir fordern hier eine flexiblere, der wirtschaftlichen Leistung zumindest auch Rechnung tragende Aufteilung der vorhandenen Verteilmasse.

Die Unfähigkeit von Bund und Land, den eigenen Kostenapparat durch wirklichen Bürokratieabbau zu senken, führt sicher auch dazu, dass nicht genügend Finanzmittel zur Weitergabe an die Kommunen zur Verfügung stehen.

Durch die Verabschiedung immer komplizierterer „Bürokratieaufbaugesetze“ wird weiterhin ein Rattenschwanz an Kosten sowohl für Private als auch für Unternehmer und nicht zuletzt für die Kommunen auf den Weg gebracht.

Als Beispiele aus meinem eigenen Arbeitsbereich füge ich das kaum umsetzbare Unternehmensteuerreformgesetz und ganz frisch die neuen Regelungen der Abgeltungssteuer an.

Aus dem eigentlichen Vorhaben, Zinseinkünfte bei der Steuererklärung nicht mehr erfassen zu müssen ist ein höchst komplexer Ausnahmekatalog entstanden, für die Bearbeiter mit einem 100-seitigen Anwendungserlass versehen und für die Bürger mit einem Steuerklärungsvordruck, den sie nie und nimmer werden ausfüllen können.

Das alles ist nicht nur unbefriedigend für die Menschen, es kostet jede Menge Geld auf allen Ebenen und fehlt schließlich auch, um eine hinreichende Gemeindefinanzierung sicherzustellen.

Herr Hild, Herr Dr. Strautmann, nehmen Sie Ihre Verantwortungsträger im Bund wie im Land in die Pflicht und fordern wirklich praktikable, verständliche und deshalb uns allen helfende Gesetze ein!

Womit wir wieder bei der Einnahmeseite unseres Haushaltes wären und ergänzen müssen:

Weniger Mittel zur Wohngeldentlastung, weniger eigene Schlüsselzuweisungen vom Land und ganz bestimmt einen noch deutlicheren Rückgang der Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden sehen wir auf uns zukommen.

Wir haben mit unserem Umlagehaushalt nicht die Möglichkeit, den Einnahmebereich des Kreises durch eigene Kraft unmittelbar zu gestalten.

Mittelbar, z.B. durch die Investitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II tragen wir zwar auch zu einer positiven Entwicklung bei, dennoch bleibt unsere Einflussmöglichkeit im Wesentlichen auf den Ausgabenbereich beschränkt.

Also, meine Damen und Herren, denken wir darüber nach, wo wir sparen können!

Appellieren können und müssen wir an den LWL, die Landschaftsumlage so niedrig wie möglich zu halten. Herr Dr. Kirsch, auch wenn die Ausgleichsrücklage entweder neue Kredite oder Wertverzehr beinhaltet, machen Sie in dieser Zeit

Gebrauch von Ihrem 280 Millionenpaket und zwar in einem Umfang, wie es auch der Kreis und die Städte müssen.

Die haben nämlich 2011 keine Ausgleichsrücklage mehr.

Appellieren sollten wir an unsere Bundespolitiker, alles zu tun, damit unsere Jobcenter ihre Arbeit wie gewohnt fortsetzen können und gemeinsame Strukturen nicht aufgegeben werden müssen.

Eine Kooperation auf freiwilliger Basis, die zudem verfassungsrechtlich fragwürdig ist, wird dem Kreis wohl erhebliche Mehrkosten aufbürden und wiederum zu unnötiger Bürokratie und -ganz wichtig- zu nicht vertretbaren Belastungen unserer Bürger führen.

Hier kann nur eine Änderung des Grundgesetzes wirklich helfen.

Konkrete Einsparungen für den Haushaltsplan 2010 fordert meine Fraktion nicht ein.

Es wäre müßig, alle Kostenbereiche zu nennen, die gekürzt werden könnten und dennoch keinen konkreten Ansatz dafür erkennen lassen.

Beispielhaft seien unsere Kreisstraßen genannt, die keine weitere Kürzung ihrer Erhaltungsaufwendungen vertragen können.

Wichtig ist uns aber jetzt und nicht erst später den Auftrag an die Kreisverwaltung zu erteilen, alle Kostenpositionen des Kreishaushaltes auf den Prüfstand zu stellen, um die vorhandenen Standards zu überprüfen und Einsparvolumen für zukünftige Haushalte zu ermitteln.

Einzubeziehen, da steht die FWG zum wiederholten Male allein da, sind selbstverständlich auch die aus dem Haushalt ausgelagerten Kosten der GfW und die der Gesellschaft zur Kulturförderung.

Es darf eben nicht sein, dass die einen Aufwendungen den strengen Notwendigkeitskriterien dieses Gremiums unterliegen, andere schon deshalb gerechtfertigt sind, weil der gesellschaftliche Rahmen erfüllt sein muss.

Es darf keine Aufwandsbereiche geben, die –privilegiert- nicht auf den Prüfstand gestellt werden.

Das muss auch für den Bereich der Personalkosten gelten. Allerdings darf es dabei nicht zu „Rundumschlägen“ wie 2% Kürzung oder Beförderungsstopps für Alle oder der Benennung einer pauschalen Anzahl von KW-Stellen kommen.

Das wäre ungerecht den Leistungsträgern gegenüber, und die ohnehin schon erbrachten Einsparleistungen im Besoldungsbereich des öffentlichen Dienstes würden schlicht ignoriert.

Möglich sein muss aber eine Aufgabenkritik in allen Produktbereichen, die den wirklich sinnvollen und notwendigen Personalbedarf ermittelt und ggfls. erforderliche Korrekturmaßnahmen darstellt und Lösungen anbietet.

Dabei geht es uns keinesfalls um eine Schwächung des Personalbestandes.

Auch im Bereich der Sozialleistungen gilt es, mit viel Verständnis und Fingerspitzengefühl vorzugehen und nicht unsere Errungenschaften der vergangenen Jahre wieder kaputt zu machen.

Dennoch muss klar sein, daß die Kreisverwaltung gemeinsam mit den Bürgermeistern ein sehr erhebliches Einsparvolumen ermitteln muss.

Den Auftrag dazu haben wir, die Vertreter der Politik, Ihnen Herr Dr. Gericke, gemeinsam und einvernehmlich erteilt. Wir werden unsere Vorstellungen und Wünsche, wie von Ihnen ausdrücklich angeregt, in Ihren Arbeitskreis einbringen und erwarten, wie beschlossen, konkrete Ergebnisse und Vorschläge bis zur Mitte des nächsten Jahres.

Dieser Auftrag ist ein sehr wichtiger Auftrag, Herr Dr.Gericke!

Unseren Städten brechen weiterhin massiv die Einnahmen weg, die Anpassung der Gewerbesteuer nach oben wird einige Zeit auf sich warten lassen.

Wir können sie nicht im Regen stehen lassen und müssen die Kreisumlage so niedrig halten wie eben möglich!

Für die Verabschiedung des Haushaltsplans 2010 sehe ich eine große Gemeinsamkeit auf allen Ebenen.

Wir Politiker haben Kompromisse (Verbraucherzentrale - Nordkreis) gefunden und in gemeinsamen Gesprächen festgestellt, dass wir gerade jetzt in der aufziehenden Krise zusammenstehen und gemeinsame Wege beschreiten müssen.

Sie Herr Landrat, haben erkennbar einen sparsamen Haushalt vorgelegt und den Städten und Gemeinden durch den Verbrauch der Ausgleichsrücklage eine wesentlich höhere Belastung erspart.

Frau Kammann und ihre Bürgermeisterkollegen haben frühzeitig diesen Solidaritätsbeweis erkannt und gewürdigt und arbeiten zum Teil schon mit dem Kreis zusammen, um Synergieeffekte zu erzielen.

Wir gemeinsam haben sehr gute Chancen, die dunklen Wolken beiseite zu schieben und ein großes Unwetter zu vermeiden.

Die FWG ist zur Zusammenarbeit bereit, fassen wir es gemeinsam an!

Dem Haushaltsplan 2010 stimmen wir zu.

Ich danke sehr herzlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, allen voran Ihnen Herr Hild, für gute Gespräche.

Besonderen Dank Ihnen, Herr Dr. Funke persönlich sowie Ihrem Team der Kämmerei für die umfangreiche Arbeit und den Beratungsbeistand.

Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mir zugehört haben, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ruhige und besinnliche Weihnachtstage und Alles Gute im neuen Jahr!